

9 Ja 1059/47
1 574/47.

Trennung B.C. 1

IM NAMEN DES RICHTS!

In der Strafsache

gegen

den Invaliden Gottfried B e c k e r, Müldehausen über Buren, Nr. 39,
geboren am 1. 10. 1896 in Sinnick, Deutscher, verheiratet,
wegen Brandstiftung

hat die 1. Strafkammer des Landgerichts in Aachen
in der Sitzung vom 15. Januar 1948
an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Maass
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Simons
Landgerichtsrat Hüller
als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Lambert
als Beater der Staatsanwaltschaft

Justizassistentenwärter Lauscher
als Urundsbeater der Geschäftsstelle

der Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen versuchter Brandstiftung
(§§ 306, 43 StGB) zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
kostenpflichtig.

- o r d n u n g -

Der Angeklagte ist 51 Jahre alt, verheiratet und hat 3 Kinder.
Von diesen ist eines verheiratet, ein Sohn befindet sich in eng-
lischer Geistesheilstation, eine Tochter von 23 Jahren lebt noch im el-
terlichen Haushalt. Von 1920 bis 1946 war der Angeklagte Kassierer
bei den Rhein-vestf. Elektrizitätswerken. Er hatte in den einzelnen
Wohnungen der Amtsbezirke Vettweiß, Niedergren, Kreuzen und Vollerkeim
den Stromverbrauch von den Zählern abzulesen und die Rechnungen zu
kassieren. Sein letztes Bruttogehalt betrug 260.- RM monatlich. Seit
Mai 1946 ist er invalide. Er erhält seitdem eine monatliche Rente
von 66.20 RM.

Der Angeklagte trat am 30.4.1933 der NSDAP bei. Am 1. Januar
1934 wurde er Zellenleiter der Partei und Amtswalter der NSV. Nach
seinen Angaben wurde er am 1. Juli 1938 wegen Streitigkeiten mit sei-
nen Ortsgruppenleiter beider Ämter enthoben. Der Angeklagte ist ent-
nazifiziert und in die Gruppe III eingestuft.

Am 7. und 8. November 1938 kassierte der Angeklagte für die
NSV in Embken, das zum Amtsbezirk Vollerkeim gehört. Am Abend
des 8. November, dem Tag der allgemeinen Judenverfolgung in Deutsch-

land, wurde ^{auch} an das Geschäft der jüdischen Eheleute Schwarz in Gabken, der Eltern des Zeugen Wilhelm Schwarz, die inzwischen im Konzentrationslager verstorben sind, Feuer angelegt. Der Brand brach im Heustall aus und konnte mit Hilfe der Nachbarschaft und durch das Eingreifen der Feuerwehr gelöscht werden. In der Menge, die sich während der Löscharbeiten vor dem Anwesen der Eheleute Schwarz aufhielt, befand sich auch der Angeklagte. Er suchte die Leute von Löschen abzuhalten, indem er rief: "Lasst brennen, es ist ja nicht unser, das sind Juden." Als ihm die Zeugin Behrends, die der Ehefrau Schwarz bei der Bergung des Hausrates geholfen hatte, deswegen Vorhaltungen machte und ihn an seiner Jacke festhielt, trat er sie in den Unterleib, sodass sie bewusstlos wurde. Nachdem der Brand im Stalle gelöscht war, forderte der Angeklagte den Zeugen Jussen, der auf der Strasse vor dem Geschäft der Eheleute Schwarz stand, auf, mit ihm einen neuen Brand im Hause zu legen. Jussen lehnte dies aber ab. Der Angeklagte drang daraufhin in das Haus ein und steckte in der Küche ein Oberhandtuch und im Wohnzimmer eine Nähmaschinendecken in Brand. Als sich ihm der Ehemann Schwarz entgegenstellte, würgte er ihn und stieß ihn zurück. Die beiden Brände wurden von den Eheleuten Schwarz und von dem Zeugen Wollersheim gelöscht. Dieser Sachverhalt beruht auf der Einlassung des Angeklagten und auf den glaubwürdigen Bekundungen der Zeugen Wilhelm Schwarz, Wollersheim, Jussen, Nickel und Frau Berends. § 24 a

Der Angeklagte gibt zu, am den Abend des Brandes im Hause Schwarz gewesen zu sein. Er bestreitet aber, dort in der Küche und im Wohnzimmer Brandherde gelegt zu haben. Er lässt sich dahin ein, er habe als Kassierer des RWE die allgemeine Anweisung gehabt, im Falle eines Brandes die Leitungsdrähte abzuschneiden, um dadurch bei den Löscharbeiten ein durch das Herabhängen der Drähte mögliches Unglück zu verhüten. Dies habe er auch in der Wohnung der Eheleute Schwarz tun wollen. Er sei deshalb in deren Haus die aus der Küche nach oben führende Treppe herauf und im Flur des ersten Stockes zum Sicherungskasten gegangen, um dort die Zuleitung zum Stall zu suchen und die Sicherungen herauszuschrauben. Dabei habe er, weil es bereits dunkel gewesen sei, mit einem Streichholz ein Stück Papier angebrannt, um sehen zu können. Es könne möglich sein, dass er bei dieser Gelegenheit einer Gardine oder einem sonstigen Gegenstand zu nahe gekommen und diesen unabsichtlich in Brand gesteckt habe. Er habe aber nichts davon gemerkt. Oben im Flur sei die Ehefrau

Schwarz hinzugekommen und habe geschimpft: "Was tut der Becker hier, der hat das Haus auch mitangesteckt." Nachdem er die Sicherungen losgeschraubt habe, sei er wieder nach unten gegangen, um das Haus zu verlassen. Als Ausgang habe sich ihm der Ehefrau Schwarz, der durch das Schimpfen seiner Frau auf ihn aufmerksam geworden sei, entgegen gestellt, und ihm den Weg nach draussen verstellt. Um Herausgehen zu können, habe er ihn am Kalse gefasst und durchgedrückt. Dabei sei die Zeugin ^{Berends} dem Ehemann Schwarz zu Hilfe gekommen und habe ihn, den Angeklagten, festgehalten. Er habe sich deshalb durch eine Armbewegung von ihr freigemacht und das Haus verlassen. Im Wohnzimmer sei er überhaupt nicht gewesen. Das feindselige Verhalten der Ehefrau Schwarz sei darauf zurückzuführen, dass die Grossmutter des Zeugen Schwarz wegen eines Betruges zum Nachteil seiner, des Angeklagten, Verurteilung, vor Jahren zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Seitdem habe zwischen seiner Familie und der Familie Schwarz ein gespanntes Verhältnis bestanden. Der Angeklagte bestreitet auch, dass er den Nachbarn aufgefordert habe, den Juden nicht zu helfen. Er behauptet, er sei zuerst dann zur Brandstelle gekommen, als das Feuer im Stall bereits gelöscht gewesen sei; es habe nur noch gequalmt. Er habe auch nicht versucht, den Zeugen Jussen zu veranlassen, mit ihm einen neuen Brand anzulegen. Er könne sich nicht entsinnen, dass er den Zeugen überhaupt an der Brandstelle gesehen habe.

Diese Einlassung ist ungläubwürdig. Wenn der Angeklagte zunächst behauptet, er sei in das Haus gegangen um die nach dem Stall führenden Drähte zu suchen und die Sicherungen loszuschrauben, so wird diese Darstellung schon durch seine eigenen Angaben widerlegt. Der Angeklagte erklärt selbst, er sei an der Brandstelle erst erschienen, als das Feuer im Stall bereits erloschen gewesen sei, als es nur noch gequalmt habe. ~~Diese Behauptung ist den Umständen nicht anzuhängen.~~ Das Umschalten des Stromkreises und das Durchschneiden der Drähte hatte aber nur dann einen Zweck, wenn zu besorgen war, dass das weiter um sich greifende Feuer den Stall zum Einsturz bringen und dadurch ein Herabfallen der Drähte verursachen könnte. Diese Gefahr war in der Augenblicka behoben, wo der Brand als die mögliche Ursache eines Schadens an der Leitung gelöscht war. Es bestand daher für den Angeklagten nach seiner eigenen Einsicht überhaupt keine Veranlassung mehr, nun noch die behaupteten Vorsichtsmassregeln zu treffen. Diese waren jedenfalls für den im Stall entstandenen Brand irrelevant. Wenn der Angeklagte daher wirklich die vorgegebene

Absicht gehabt hätte, so würde diese allenfalls darauf schliessen lassen, dass er noch einen weiteren Brandherd erwartete, der dann ja auch zu der Zeit, als der Angeklagte im Hause war, entstanden ist. Der Umstand, mit dem der Angeklagte seine Unschuld darzutun versucht, würde ihn gerade im Gegenteil belasten.

Noch eine zweite Überlegung spricht dagegen, dass der Angeklagte in das Haus gegangen ist, um Schäden zu vermeiden, die durch die Leitungsdrohnte hätten entstehen können. Wie der Angeklagte glaubhaft angibt, sind ihm in der Wohnung beide Eheleute feindlich entgegengetreten. Die Ehefrau Schwarz beichtigte ihn offen der Brandstiftung. Mit dem Ehemann Schwarz, der sich ihm in den Weg stellte, hatte er eine tätliche Auseinandersetzung. Nichts hätte näher gelegen, als dass der Angeklagte die Eheleute beruhigt hätte mit der Erklärung, dass er ja nur Vorsichtsmassregeln treffen wolle. Wer, wie die der Angeklagte vorgibt, bei der Bekämpfung eines Brandes in irgendeiner Weise helfen will, klärt das Missverständnis sofort auf, wenn er bemerkt, dass man sich ihm gegenüber feindselig verhält und ihm entgegen seiner guten Absicht, sogar Beteiligung an der Brandstiftung vorwirft. Der Angeklagte hat nichts derartiges getan. Vielmehr hat er sich ohne Widerspruch sagen lassen, er sei der Brandstifter, und er hat den Ehemann Schwarz mit Gewalt zur Seite gestossen, anstatt ihn durch ein erklärendes Wort zu beruhigen. Das feindselige Verhalten des Angeklagten gegenüber den Eheleuten Schwarz, die ihre feindliche Haltung offen bekundeten, ist unvereinbar mit der Annahme, dass er nur zu einem guten Zweck in das Haus gegangen sei. Dass die Eheleute Schwarz sich gegen einen alten Familienstreit so feindselig gegen den Angeklagten verhalten hätten, verdient keinen Glauben. Es ist schon zweifelhaft, ob überhaupt zwischen den beiden Familien ein gespanntes Verhältnis aus dem von dem Angeklagten angegebener Grund entstanden hat. Der Zeuge Schwarz erklärt glaubhaft, ihm sei davon nichts bekannt. Aber selbst wenn diese Behauptung des Angeklagten richtig wäre, so ist es doch ausgeschlossen, dass die Eheleute Schwarz sich lediglich aus einer allgemeinen feindseligen Einstellung heraus zu einem derartigen Verhalten, insbesondere zu dem offenen Vorwurf der Brandstiftung, hätten bestimmen lassen. Vielmehr deutet gerade diese letzte Beschuldigung darauf hin, dass die Ehefrau Schwarz hierfür einen konkreten Anlass gehabt haben muss.

Diese Schlussfolgerung wird durch das Ergebnis der Beweisaufnahme zur Tatsache erhärtet. Durch die Aussagen des Zeugen

Jassen steht zunächst fest, dass ~~der~~ Angeklagte seine Absicht, im Hause der Eheleute Schwarz einen Brand anzulegen, ausserte, bevor er in der Wohnung brannte. Der Zeuge Jassen hat unter Eid bezeugt, er sei zu der Brandstelle gekommen, als das Feuer im Stall bereits gelöscht gewesen sei. Während er vor dem Hause auf der Straße gestanden habe, sei der Angeklagte an ihn herangestritten und habe ihn mit halblauter Stimme gesagt: "Komm, legen wir nochmal Feuer an". Als er, der Zeuge, dies abgelehnt habe, sei der Angeklagte verschwunden. Einige Minuten später sei Frau Schwarz aus dem Hause gekommen und habe gesagt, da habe schon wieder einer Feuer angelegt. Wenn der Angeklagte auch eine derartige Äußerung bestreitet und erklärt, er könne sich nicht entsinnen, den Zeugen überhaupt an der Brandstelle gesehen zu haben, so ist das Gericht doch davon überzeugt, dass Jassen die Wahrheit sagt. Schon die sichere Art, mit der der Zeuge in der Hauptverhandlung gegenüber dem Bestreiten des Angeklagten bei seiner Aussage blieb, spricht für die Richtigkeit seiner Bekundung. Es ist auch kein vernünftiger Grund ersichtlich, warum der Zeuge, der an den Vorgängen der Brandnacht gänzlich unteilhaft war, und der, wie auch der Angeklagte nicht bestreitet, mit diesem in keiner Weise verfeindet ist, eine solche den Angeklagten belastende Äußerung frei erfinden sollte. Es ist ferner ausgeschlossen, dass Jassen sich in der Person desjenigen geirrt hätte, der ihn damals zu der Brandstiftung aufforderte. Der Zeuge wurde in der Hauptverhandlung ausdrücklich gefragt, ob er den Angeklagten in der Dunkelheit auch einwandfrei erkannt habe. Er erklärte hierzu, er wisse ganz genau, dass es der Angeklagte gewesen sei, er habe ihn sowohl an seinen Aussehen wie auch an seiner Stimme erkannt. Bei einem Menschen, den er so gut gekannt habe, wie den Angeklagten, sei eine Verwechslung ausgeschlossen. Es sind auch keine Zweifel daraus herzuleiten, dass der Vorfall bereits mehr als 9 Jahre zurückliegt. Es ist zwar richtig, dass man sich nach so langer Zeit aller Einzelheiten eines Vorfalls nicht mehr entsinnen kann. Die direkte Aufforderung zu einer Brandstiftung unter den Umständen der damaligen Brandnacht, ist aber kein alltägliches ~~xxxiixxi~~ Ereignis. Die Erinnerung an einen solchen aussergewöhnlichen Zustand kann nach allgemeiner Lebenserfahrung sogar für dauernd im Gedächtnis haften bleiben. Die eidliche Bekundung des Zeugen Jassen kann daher nicht bezweifelt werden. Diese nachgewiesene Äußerung des Angeklagten ist aber eindeutig. Sie enthält nicht nur eine Aufforderung an den Zeugen, sondern sie lässt auch die eigene Absicht des Angeklagten erkennen, an oder in

Somit

dem Hause der Eheleute Schwarz einen Brand anzulegen.

Die Beweisaufnahme hat ~~eben~~ weiter ergeben, daß der Angeklagte die Absicht auch verwirklicht hat. Der Zeuge Schwarz, der am Tage des Br des verhaftet worden war und erst am nächsten Abend nach Hause zurück kehren konnte, hat bekundet, seine Eltern hätten ihm noch am Abend seiner Rückkehr den Hergang des Brandes im Wohnhaus in folgender Weise erzählt: Als sie wegen des Brandes im Stall noch mit der Bergung des Hausrates beschäftigt gewesen seien, sei der Angeklagte in das Haus eingedrungen. Sie hätten ihn sowohl im Wohnzimmer wie auch in der Küche überrascht. Dabei hätten sie gesehen, daß während seiner Anwesenheit im Wohnzimmer des Nähmaschinendeckchens und während seines Aufenthaltes in der Küche des Überhandtuchs gebrannt hätten. Außer dem Angeklagten sei niemand in diesen beiden Räumen gewesen. Der Angeklagte habe dann von der Küche aus auch noch die Treppe zum oberen Stockwerk hinaufgehen wollen. Dies habe aber der Vater verhindert, indem er sich ihm entgegengestellt habe.

Dieser Darstellung des Zeugen Schwarz ist die folgende Bekundung des Zeugen Wollersheim anzufügen: Er habe von draußen gesehen, daß es im Wohnhaus gebrannt habe. Er sei daraufhin ins Haus gegangen und habe mit dem Ehemann Schwarz den Brand gelöscht. Dann hätten sie gemeinsam das Haus verlassen und seien vor der Türe stehen geblieben. Während sie dort gestanden hätten, sei der Angeklagte mit einer anderen Person, die er, der Zeuge, nicht gekannt habe, aus dem Hause gekommen. Zur gleichen Zeit habe er, Wollersheim, es in der Wohnung wieder brennen sehen. Er sei deshalb mit Schwarz wieder hereingegangen, um den neuen Brand zu löschen. In welchen Räumen es in beiden Fällen gebrannt habe, könne er nicht mehr sagen. Die brennenden Gegenstände seien Stoffe gewesen, er glaube, es habe sich um ein Überhandtuch und um ein Deckchen gehandelt. Den Angeklagten habe er im Hause nicht gesehen.

Bei der Prüfung der Glaubwürdigkeit dieser Aussagen hat das Gericht nicht außer Acht gelassen, daß die geschilderten Vorgänge mehr als neun Jahre zurückliegen. Es hat auch berücksichtigt, daß der Zeuge Schwarz nicht eigene Wahrnehmungen bekundet, sondern den Augenzeugenbericht dritter Personen wiedergegeben hat. Dabei wäre als etwaige Fehlerquelle nicht der Bericht der Eltern an ihren Sohn anzusehen. Denn die Eheleute Schwarz haben den Vorfall schon am nächsten Tage, als sie noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse standen, weiter erzählt. Fraglich konnte nur sein, ob der Zeuge Schwarz noch nach dieser langen

Zeit die Mitteilungen seiner Eltern so in Erinnerung hat, daß diese heute als Grundlage der Wahrheitsfindung dienen können. Das ist aber zu bejahen. Für den Zeugen Schwarz war dieser Vorfall nicht irgendein Ereignis, das mit fortschreitender Zeit notwendig in seinem Gedächtnis verblasen mußte. Es mußte sich vielmehr für ihn als Juden mit dieser Brandnacht der Gedanke verbinden, daß die Tat für ihn und seine Eltern der Beginn der nun folgenden offenen Judenverfolgungen und damit den Anian, einer Leidenszeit bedeutete, die seinen Eltern den Tod und ihm selbst langjährigen Aufenthalt im Konzentrationslager gebracht hat. Unter diesen Umständen leuchtet es ohne weiteres ein, daß sich ihm die Erzählung seiner Eltern so stark in der Erinnerung eingeprägt hat, daß für auch heute noch volle Beweisraft zukommt. Es liegen auch keine Gründe dafür vor, daß der Zeuge aus Nachsicht die ihm von seinen Eltern berichteten Tatsachen zu Ungunsten des Angeklagten gefärbt hätte. Es ist im Gegenteil festzustellen, daß er seine Aussagen sorgfältig abgewogen hat. Der Zeuge hatte im Vorverfahren angegeben, daß der Angeklagte nach dem Bericht seiner Eltern im Wohnzimmer das Beckchen und in der Küche das Übermanteltuch angezündet habe. Diese Darstellung konnte den Eindruck erwecken, als ob er damit sagen wolle, seine Eltern hätten nach ihrer Erzählung selbst gesehen, wie der Angeklagte die fraglichen Gegenstände in Brand gesteckt habe. Als er dann in der Hauptverhandlung auf den Unterschied zwischen den Feststellungen der reinen Tatsachen und einer möglichen Schlussfolgerung hingewiesen wurde, erklärte er, daß seine Eltern angegeben hätten, sie hätten den Angeklagten in beiden Räumen gesehen, während es dort zur gleichen Zeit gebrannt habe. Wenn der Zeuge daher in der Hauptverhandlung abschließend versicherte, er könne sich des Inhaltes der Mitteilungen seiner Eltern noch genau entsinnen, der Bericht seiner Eltern sei so gewesen, als er dies angegeben habe, so kann die Wahrheit dieser unter Eid gemachten Aussagen nicht zweifelhaft sein.

Dasselbe gilt auch für die Bekundung des Zeugen Wollersheim. Dieser Zeuge kann allerdings heute die Ereignisse nicht mehr so genau wiedergeben, wie er sie 1938 erlebt hat. Er hat dies aber auch ausdrücklich zugegeben und erklärt, er könne sich mancher Einzelheiten nicht mehr entsinnen. Dem entspricht auch der Inhalt seiner Aussage, die von verschiedenen Gedächtnislücken zeugt. Wollersheim hat aber auch mit Bestimmtheit versichert, daß, was er in der Hauptverhandlung angegeben habe, wisse er noch genau. Das Gericht hat von dem Zeugen den Eindruck eines besonnenen und wohlüberlegenden Mannes, der zu unterscheiden vermag, was in seiner Erinnerung verblaßt ist und was auch heute noch als tatsächliche Begebenheit harten geblieben ist. Wenn er in so sicherer

weise, wie dies der Zeuge getan hat, die ihm heute noch erinnerlichen Tatsachen bekundet, so besteht für das Gericht kein Zweifel, daß sie sich auch so zutragen haben, wie er dies geschildert hat, zumal er seine Aussage durch seinen Eid bekräftigt hat.

Nach der Bekundung des Zeugen Wollersheim steht demnach fest, daß es im Wohnhaus der Familie Schwarz zweimal nacheinander gebrannt hat. Der Zeuge hat den Angeklagten zwar nicht in der Wohnung gesehen. Es ist aber nach seiner Aussage erwiesen, daß der Angeklagte während beider Brände im Hause war. Nachdem Wollersheim den ersten Brand gelöscht hatte, ist er mit dem Vater Schwarz nach draußen gegangen und vor der Türe stehen geblieben. Während sie dort standen, kam der Angeklagte aus dem Hause. Wie Wollersheim ausdrücklich bekundet, ist der Angeklagte nicht ins Haus gegangen, als der Zeuge mit Schwarz vor der Türe stand. Der Angeklagte muß demnach bereits vorher, also schon während des ersten Brandes in der Wohnung gewesen sein. Der Zeuge hat dann im gleichen Augenblick, als der Angeklagte aus dem Hause herauskam, in der Wohnung ein neues Feuer gesehen. Daraus ergibt sich, daß sich der Angeklagte in dem jeweiligen Zeitpunkt der beiden Brände und auch in der Zwischenzeit im Hause aufgehalten hat. Schon diese Tatsache spricht dafür, daß der Angeklagte die beiden Brandherde gelegt hat. Das gilt besonders für den letzten Fall, bei dem der Zeuge zur gleichen Zeit gesehen hat, wie der Angeklagte herauskam, und wie es im Hause von neuem brannte. Nun hat zwar mit dem Angeklagten eine zweite Person, die Wollersheim nicht kennt, das Haus verlassen. Die Identität dieses Unbekannten konnte nicht festgestellt werden, da er nach der Beweisaufnahme von keinem anderen Zeugen bemerkt wurde. Es ist dies aber auch ohne Belang. Denn dieses Unbekannte kommt nach der Aussage des Zeugen Schwarz für die Täterschaft nicht in Frage. Danach steht vielmehr eindeutig fest, daß der Angeklagte von den Eltern des Zeugen in der Küche und im Wohnzimmer zu derselben Zeit angetroffen wurde, als dort ein Überhandtuch und ein Nähmaschinenteckchen brannte. Außer dem Angeklagten war aber niemand in diesen Räumen anwesend. Es fällt allerdings hier ein Widerspruch zwischen der Aussage des Zeugen Schwarz, auf der diese Feststellungen beruhen, und der Bekundung des Zeugen Wollersheim insoweit auf, als der Ehemann Schwarz nach der Aussage Wollersheim vor dem zweiten Brand vor der Haustüre gestanden hat, als der Angeklagte aus dem Hause herauskam, und daß er erst dann in die Wohnung gegangen ist. Er kann daher den Angeklagten im zweiten Falle nicht in einem der beiden Räume überrascht haben. Diese Unstimmigkeit fällt aber nicht entscheidend ins Gewicht. Wie der Zeuge Schwarz in seiner Vernehmung angegeben hat, und wie es auch nach den

ganz normalen Verlauf der Dinge entspricht, haben ihm die Eltern die Vorfälle des 8. November gemeinsam geschildert. Es liegt nahe, daß sie ihm dabei die gesamten Ereignisse, die sich ja, jedenfalls soweit sie den für den Angeklagten maßgebenden Tatsachenzusammenhang betreffen, innerhalb des Hauses und in einer nur kurzen Zeitspanne abspielten, als gemeinsames Erlebnis dargestellt haben. Mag auch in einzelnen Punkten nur einer von ihnen eine bestimmte Tatsache als Augenzeuge festgestellt haben, so wird dadurch die Glaubwürdigkeit des Gesamtbildes, das sich nach dem engen Rahmen der örtlichen und zeitlichen Tatumstände im wesentlichen beiden Teilen gemeinsam darbietet, keineswegs erschüttert. Weder der Widerspruch nicht beeinträchtigt, daß der Angeklagte in beiden Fällen jedenfalls von einem der Eheleute Schwarz in der oben dargestellten Situation betroffen wurde. Geht man aber von dieser erwiesenen Tatsache aus, dann ist es ausgeschlossen, daß die von dem Zeugen Volkersheim geschilderte unbekannte Person als Täter in Betracht kommt. Dann hätte in beiden Fällen dieser Unbekannte in der Küche und im Wohnzimmer gewesen sein, die Gegenstände anzünden und noch vor dem Erscheinen der Augenzeugen verschwinden müssen, während der Angeklagte allein zurückgeblieben oder erst nachträglich, aber doch noch vor dem Eheleuten Schwarz erschienen wäre. Außerdem wäre vor allem sein Aufenthalt im Wohnzimmer unerklärlich gewesen, selbst wenn man seiner eigenen Einlassung folgt, mit der er seine Anwesenheit im Hause begründet hat, hätte er im Wohnzimmer nichts zu suchen gehabt. Schließlich hat der Angeklagte selbst zugegeben, daß er in der Wohnung Papier angezündet hat, und er hat dabei die Möglichkeit eingeräumt, daß dadurch, wenn auch unbeabsichtigt, eine Gardine oder ein sonstiger Gegenstand in Brand geraten sein könne. Er hat aber noch hinzugefügt, daß er von einem Brand nichts bemerkt habe. Diese beiden Angaben decken sich nicht. Wer mit einem brennenden Stück Papier in der Hand eine Gardine oder einen sonstigen leicht brennbaren Stoff, der sofort hohe Flammen schlägt, unbeabsichtigt anzündet, muß dies bemerken. Da der Angeklagte aber diese letzte Feststellung nur sich selbst eindeutig verweigert hat, so hätte er folgerichtig auch die bloße Möglichkeit eines unbeabsichtigten Brandes ablehnen müssen. Wenn er diese trotzdem eingeräumt hat, so läßt sich daraus auch die Ableitung schließen, dem begründeten Vorwurf der vorsätzlichen Brandstiftung jedenfalls mit der zugestandenen Möglichkeit der Fahrlässigkeit zu begegnen. Es liegt also auch darin ein gewisses Eingeständnis in der Richtung auf den Vorwurf der Anklage. Mag diese Überlegung für die Entscheidung auch keineswegs ausschlaggebend sein, so ordnet sie sich doch zwanglos in das Gesamtbild der durch die Beweisaufnahme festgestellten Tatsachen ein. Hält man sich diese aber zusammenfassend vor Augen, angeordnet

von der in sich unglaublichen Einlassung, mit der der Angeklagte seine Anwesenheit im Hause begründet hat, über die Aufforderung an den Zeugen Jüssen, gemeinsam ein Feuer anzulegen, und über die belastenden Tatsachen, die sich aus der Bekundung des Zeugen Wollersheim ergeben, bis zu der Situation, in der der Angeklagte nach der Aussage des Zeugen Schwarz von dessen Eltern betroffen wurde, so fügt sich als letztes Glied in die Kette der Beweise die zwingende Schlußfolgerung ein, daß der Angeklagte in der Küche ^{und im Wohnzimmer} vorstehend die beiden Gegenstände angezündet hat. Die gegen den Angeklagten sprechenden Tatsachen sind so eindeutig, daß nach den ganzen Umständen des Falles und nach jeder Lebenserfahrung mit Überzeugender Sicherheit anzunehmen ist, daß der Angeklagte auch den letzten Schritt getan und die Brände bewusst verursacht hat. Nur der Angeklagte kann, wie die Beweisaufnahme klar gezeigt hat, hierfür in Betracht kommen.

Wie sich aus der Beweisaufnahme ferner ergibt, ist dem Angeklagten eine solche Tat aber auch ohne weiteres zuzutrauen. Durch die Aussage der Zeugin Berends steht fest, daß der Angeklagte bereits vorher seine feindliche Haltung gegenüber den Eheleuten Schwarz offen zum Ausdruck gebracht hat. Die Zeugin hat bekundet, der Angeklagte habe während der Löscharbeiten am Stalle laut gerufen: "Laßt brennen, es ist ja nicht unser, das sind Juden." Sie haben ihn deshalb zurechtgewiesen und gesagt, er solle sich schämen, solche Äußerungen über den Brand zu machen. Als sie ihn dabei an der Jacke festgehalten habe, habe er sie zur Seite gestoßen und in den Unterleib getreten, sodaß sie bewusstlos zusammengebrochen sei. Diese Aussagen, die die Zeugin unter Eid gemacht hat, entsprechen nach der Überzeugung des Gerichts der Wahrheit. Frau Berends hat sich, wie sie glaubhaft bekundet, mit ihrem Mann bei den Rettungsarbeiten zugunsten der Eheleute Schwarz beteiligt. Ihr Mann wurde sogar deshalb von seiner Arbeitsstelle entlassen und war längere Zeit arbeitslos. Außerdem war sie damals schwanger, sodaß sie der tätliche Angriff des Angeklagten besonders hart mitnahm. Es leuchtet daher ohne weiteres ein, daß sie sich auch heute der damaligen Vorgänge gut entsinnen kann. Ihre Schilderung findet auch insofern eine Bestätigung in der Einlassung des Angeklagten, als dieser selbst zugibt, die Zeugin durch eine Arbeitsbewegung fortgestoßen zu haben. Es steht daher nach der glaubwürdigen Bekundung der Frau Berends fest, daß der Angeklagte offen dazu aufgefordert hat, sich beim Löschen nicht zu beteiligen, weil es sich um Juden handelt. Auch sein brutales Verhalten gegenüber der Zeugin selbst ist nicht aus einer feindlichen Einstellung zu erklären, die ihre Gründe lediglich in der Person der Frau Berends hatte. Wie diese glaubhaft angibt, kannte sie den Angeklagten vorher überhaupt nicht. Erklärlich wird sein Angriff da

Wenn man bedenkt, daß er sich in einem Augenblick gegen die Zeugin wandte als diese ihre Sympathie für die Eheleute Schwarz offen bekundete. Der Angeklagte war erbeut darüber, daß die Zeugin es mit den Juden hielt. Er hat also schon vor den Bränden im Hause seiner feindseligen Haltung gegenüber den Eheleuten Schwarz durch Wort und Tat Ausdruck verliehen.

Der Angeklagte ist schließlich bereits in einem Verfahren, das wegen dieses Vorfalls unmittelbar nach dem Brande eingeleitet wurde, der Brandstiftung beschuldigt worden. Die Ermittlungen wurden von dem Zeugen Michel, dem damals zuständigen Polizeimeister, geführt. Der Zeuge bekundet, er sei von dem Landrat beauftragt worden, die Schuldigen festzustellen. Er habe zunächst in Haken überall herumgehört. Dabei sei ihm allgemein der Angeklagte als der Brandstifter bezeichnet worden. Im einzelnen könne er sich des damaligen Ermittlungsergebnisses nicht mehr entsinnen. Er wisse aber noch, daß dem Angeklagten vorgeworfen worden sei, er habe ein Beckchen angezündet, und daß er ihn in seinem Schlaf ^{bericht} als den Haupttäter bezeichnet habe. Diese Aussagen der gänzlich unbeteiligten Zeugen sind ohne weiteres glaubhaft. Der Zeuge weiß zwar verständlicherweise nicht mehr viel von den damaligen Ereignissen, mit denen er lediglich aufgrund eines mündlichen Auftrags im Rahmen seiner Tätigkeit befaßt war. Gerade darum ist es aber umso anfalliger, daß er das eine noch behalten hat, daß dem Angeklagten schon damals der Vorwurf gemacht wurde, ein Beckchen angezündet zu haben, und daß der Zeuge den Angeklagten in seinem Schlußbericht als den Haupttäter bezeichnete. Diese durch die Aussagen der Zeugen Michel und Frau Berends festgestellten Tatsachen bestärken das Gericht in der Überzeugung, die bereits durch die vorher getroffenen Feststellungen gewonnen wurden.

Der Angeklagte ist demnach überführt, in der Wohnung der Eheleute Schwarz ein Überhandtuch und ein Nähmaschinenbecken in Brand gesteckt zu haben. Er beabsichtigte damit, das ganze Haus anzuzünden. Er hat somit versucht, ein Gebäude, welches der Wohnung von Menschen dient, vorsätzlich in Brand zu setzen, und sich eines Verbrechens nach §§ 306, 307, 2, 43 StGB. schuldig gemacht.

Bei dieser Feststellung kann es dahingestellt bleiben, ob die Tat des Angeklagten auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß Art. 11 I des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 darstellt. Es steht fest, daß sich der Angeklagte nach deutschem Recht strafbar gemacht hat. In diesem Fall kann das Gericht nach freier Wahl das deutsche Strafgesetzbuch oder das Kontrollratsgesetz anwenden. Die Wahl des deutschen Rechtes schließt aber die Anwendung des Kontrollratsgesetzes aus und umge-

kehrt, da nur eine Alternativfeststellung möglich ist. Das Gericht hat sich, der bisherigen Rechtsprechung der deutschen Gerichte folgend, dafür entschieden, die vorliegende Tat nach dem deutschen Strafrechtbuch zu ahnden. Für die Anwendung des Kontrollratsgesetzes ist daher kein Raum.

Der Angeklagte ist demnach gemäß §§ 306, 43 StGB. zu bestrafen. Bei der Strafzumessung mußte besonders die verwerfliche Gesinnung des Angeklagten ^{berücksichtigt} ~~berücksichtigt~~ werden. Dieser hat sich aus blindem ~~Ante~~ ^{Ante} an den Judenverfolgungen des 8. November beteiligt und das Eigentum von ~~unbekannten~~ Menschen, die ihm persönlich nichts getan hatten, zerstören wollen. Der Angeklagte hatte hierzu nicht einmal einen Auftrag, er hat vielmehr aus eigenem Antrieb gehandelt, lediglich getrieben von seiner jüdenfeindlichen Einstellung. Erschwerend fiel auch ins Gewicht, daß der Angeklagte die Bevölkerung von Lössen abzuhalten suchte, daß er den Zeugen Jüssen zur Beteiligung an der Brandstiftung aufforderte und daß er auch vor brutaler Gewalt nicht zurückschreckte. Die Tat verdient als ein verabscheuungswerter und gemeiner Bubenstreich gebrandmarkt zu werden. Der Angeklagte kann von Glück sagen, daß die Brände sofort gelöscht wurden und ^{dadurch} ein Schaden vermieden werden konnte. Es mag ihm auch zugute gehalten werden, daß er offensichtlich auf einer primitiven Geistesstufe steht, sodaß die jahrelang betriebene jüdenfeindliche Propaganda bei ihm einen besonders günstigen Nährboden fand. Der Angeklagte ist auch bisher nicht bestraft. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände und unter Beachtung der Grundsätze für den Versuch erschien eine Zuchthausstrafe von vier Monaten als angemessene Sühne. Diese Strafe wurde gemäß § 21 StGB. in eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten umgewandelt.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

gez. Maass,

gez. Dr. Simons,

gez. Höller

Ausgefertigt:



Klausel
Justizangestellte
als Urkundebehalter d. Gesch. stelle
des Landgerichts.

Beglaubigt:

Just. Sekr.

Ber
Recht

An
Lan

A
I
9

ge

le
de
mi

ei

ge
Ab

Be

Ju